



DIE
EUROPÄISCHE
UNION ERKLÄRT

Regionalpolitik

**Wettbewerbs-
fähigere
Regionen und
Städte – für mehr
Wachstum und
Beschäftigung
in der Union**

Die Regionalpolitik ist eine strategische Investitionspolitik für sämtliche Regionen und Städte in der EU, mit der das Wirtschaftswachstum gestärkt und die Lebensqualität der Menschen verbessert werden soll. Sie ist Ausdruck gelebter Solidarität, denn ihr Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung weniger entwickelter Regionen.



DIE EUROPÄISCHE UNION ERKLÄRT

Diese Veröffentlichung ist Teil einer Schriftenreihe, in deren Rahmen die Aktivitäten der EU in unterschiedlichen Politikfeldern, die Gründe und die Ergebnisse ihrer Tätigkeit erläutert werden.

Sie können die Veröffentlichungen der Reihe hier herunterladen:

http://europa.eu/pol/index_de.htm

<http://europa.eu/!qf86pN>

Wie funktioniert die EU?

Europa in 12 Lektionen

Europa 2020: Europas Wachstumsstrategie

Die Gründerväter der EU

Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport

Außen- und Sicherheitspolitik

Banken und Finanzen

Beschäftigung und Soziales

Betrugsbekämpfung

Binnenmarkt

Digitale Agenda

Energie

Erweiterung

Forschung und Innovation

Gesundheitswesen

Grenzen und Sicherheit

Handel

Haushalt

Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung

Justiz, Grundrechte und Gleichstellung

Klimaschutz

Kultur und audiovisuelle Medien

Landwirtschaft

Lebensmittelsicherheit

Meerespolitik und Fischerei

Migrations- und Asylpolitik

Regionalpolitik ✘

Steuern

Umwelt

Unternehmen

Verbraucher

Verkehr

Wettbewerb

Wirtschafts- und Währungsunion und der Euro

Zoll

INHALT

Warum braucht die EU eine Regionalpolitik?

Wichtigstes Förderinstrument der EU für mehr Wachstum und Beschäftigung ... 3

Wie funktioniert die Regionalpolitik?

Eine Vielfalt von Fonds für wachsende Regionen und Städte 6

EU-Förderung mit maximaler Wirkung

Gezielte Investitionen für Wachstum und Beschäftigung bis 2020 10

Ausblick

Die EU-Regionalpolitik 2014-2020: eine neue Ära strategischer Investitionen 15

Weitere Informationen 16

Die Europäische Union erklärt: Regionalpolitik

Europäische Kommission

Generaldirektion Kommunikation

Bürgerinformation

1049 Brüssel

BELGIEN

Letzte Aktualisierung: November 2014

Deckblatt und Bild auf Seite 2:

© iStockphoto.com/Voon Nam Fook

16 S. – 21 × 29,7 cm

ISBN 978-92-79-41286-8

doi:10.2775/74582

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2014

© Europäische Union, 2014

Nachdruck gestattet. Für die Verwendung oder Reproduktion einzelner Fotos muss die Genehmigung direkt beim Urheberrechtsinhaber eingeholt werden.

Warum braucht die EU eine Regionalpolitik?

Wichtigstes Förderinstrument der EU für mehr Wachstum und Beschäftigung

Investitionen in die weniger entwickelten Regionen der EU

Die EU-Regionalpolitik stellt im EU-Haushalt 2014-2020 den größten Einzelposten dar (351,8 Milliarden € von insgesamt 1 082 Milliarden €). Damit ist sie das wichtigste Investitionsinstrument der Union.

Mit diesen Ressourcen werden strategische Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturprojekte finanziert, der Übergang zu einer umweltverträglicheren Wirtschaft gefördert, kleine und mittlere Unternehmen (KMU) darin unterstützt, innovativ zu arbeiten und wettbewerbsfähiger zu werden, damit neue und dauerhafte Arbeitsplätze entstehen, Bildungssysteme gestärkt und modernisiert und eine integrativere Gesellschaft geschaffen.

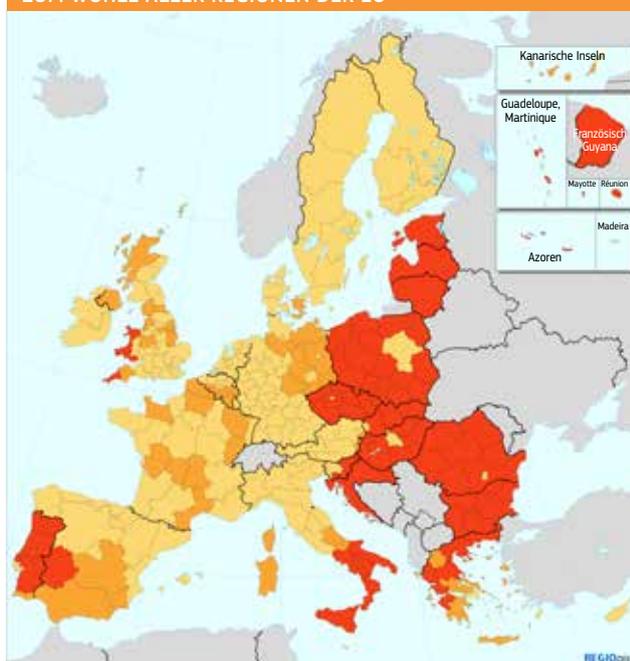
Auf diese Weise wirkt die Regionalpolitik als Katalysator für den Einsatz weiterer öffentlicher oder privater Finanzmittel – nicht nur, weil die EU-Länder verpflichtet sind, Projekte aus ihren jeweiligen nationalen Haushalten mitzufinanzieren, sondern auch, weil das Vertrauen der Investoren gestärkt wird. Unter Berücksichtigung des erwähnten nationalen Beitrags und des Multiplikatoreffekts der Finanzierungsinstrumente wird geschätzt, dass die Gesamtwirkung der Investitionstätigkeit der EU im Zeitraum 2014-2020 bei über 500 Milliarden € liegen wird.

Die Regionalpolitik setzt zudem Zeichen der Solidarität zwischen den EU-Ländern, denn die Mittel fließen hauptsächlich in die weniger entwickelten Regionen der EU. Diese Regionen erhalten Unterstützung, um ihr volles wirtschaftliches Potenzial entfalten zu können. Die Regionalpolitik trägt somit den regionalen Ungleichheiten in der EU insgesamt und innerhalb einzelner Mitgliedstaaten Rechnung. So zeigen die Zahlen aus dem Jahr 2011 (neueste Datenlage), dass sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU-Regionen zwischen 29 % des Durchschnitts der damaligen EU-27 in den Regionen Severozapaden (Bulgarien) und Nord-Est (Rumänien) und 321 % dieses Durchschnitts in der Region Inner London (Vereinigtes Königreich) bewegt. Diese Zahlen machen deutlich, wie notwendig eine strategische und gezielte Investitionspolitik ist, damit die Förderung der EU die einzelnen Regionen passgenau erreicht.

Tausende von Projekten in der ganzen EU

Mit Mitteln der Regionalpolitik sind über die Jahre bereits **Zehntausende von Projekten** finanziert worden – zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in einzelnen EU-Ländern und in der EU insgesamt. Zwischen 1989 und 2013 wurden den Regionen für die Kofinanzierung von Projekten für regionales Wachstum Fördergelder aus dem EU-Haushalt in Höhe von 800 Milliarden € zugewiesen.

ZUM WOHLER ALLER REGIONEN DER EU



Die 274 Regionen der EU, die unter die Regionalpolitik 2014-2020 fallen, sind in Förderkategorien im Rahmen der Strukturpolitik (des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (ERDF) und des Europäischen Sozialfonds (ESF))

Kategorie

- Weniger entwickelte Regionen (BIP/Kopf < 75 % des Durchschnitts in der EU-27): 182,2 Milliarden €
- Übergangsregionen (BIP/Kopf zwischen $\geq 75\%$ und < 90 % des Durchschnitts in der EU-27): 35,4 Milliarden €
- Stärker entwickelte Regionen (BIP/Kopf $\geq 90\%$ des Durchschnitts in der EU-27): 54,3 Milliarden €

Weitere Finanzierungsquellen im Rahmen der Regionalpolitik im gleichen Zeitraum sind der Kohäsionsfonds (65,3 Milliarden €), die europäische territoriale Zusammenarbeit (10,2 Milliarden €), die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen (3,2 Milliarden €) und spezielle Zuweisungen an die Gebiete in äußerster Randlage oder dünn besiedelte Gebiete (1,6 Milliarden €).

Ursprung und Entwicklung der Regionalpolitik

1957 – Erste Erwähnung in den Römischen Verträgen.

1958 – Gründung des **Europäischen Sozialfonds** (ESF).

1975 – Gründung des **Europäischen Fonds für regionale Entwicklung** (EFRE).

1986 – Schaffung der rechtlichen Grundlage für die Regionalpolitik in der Einheitlichen Europäischen Akte.

1988 – Zur Anpassung an den Beitritt von Griechenland (1981), Spanien und Portugal (1986) werden die Strukturfonds in eine übergeordnete „Kohäsionspolitik“ integriert. Budget: 64 Milliarden ECU (Hinweis: Aus „ECU“ wurde später der Euro).

1993 – Der Vertrag von Maastricht führt den **Kohäsionsfonds**, den **Ausschuss der Regionen** und das **Subsidiaritätsprinzip** ein (welches besagt, dass Entscheidungen so wenig zentral wie möglich bzw. so bürgernah zu treffen sind, wie es in der jeweiligen Angelegenheit angemessen ist).

1994-1999 – Verdoppelung der Ressourcen für die Regionalfonds, die nun ein Drittel des EU-Haushalts ausmachen.

1995 – Sonderziel zur Unterstützung der dünn besiedelten Regionen Finnlands und Schwedens. Gesamtbudget: 168 Milliarden ECU.

2000-2004 – Die Instrumente für Heranführungshilfe stellen für Länder, die sich auf den EU-Beitritt vorbereiten, Finanzmittel und Know-how bereit.

2004 – Beitritt von zehn neuen Ländern (Anstieg der Bevölkerung in der EU um 20 %, jedoch nur ein 5%iger Anstieg des BIP der EU). Budget: 213 Milliarden € für die 15 bestehenden Mitgliedstaaten; 22 Milliarden € für die neuen Mitgliedstaaten (2004-2006).

2007-2013 – Budget: 347 Milliarden € (25 % für Forschung und Entwicklung, 30 % für Infrastrukturprojekte im Umweltsektor und Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels).

2014-2020 – Budget: 351,8 Milliarden € mit einem besonderen Schwerpunkt auf vier Investitionsprioritäten: Forschung und Innovation, Digitale Agenda, Unterstützung für KMU und Ausrichtung auf eine CO₂-emissionsarme Wirtschaft. Auf diese Sektoren entfallen etwa 100 Milliarden € – 26,7 Milliarden € davon zur Unterstützung des Übergangs zu einer CO₂-armen Wirtschaft (Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger).

Diese Ressourcen wurden dafür eingesetzt, die Lebensqualität der Bürger in der EU zu erhöhen, Arbeitsplätze zu schaffen und Forschung, Entwicklung und Innovation zu fördern. Die Regionalpolitik der EU konnte zwischen 2007 und 2012 unter anderem folgende Erfolge erzielen:

- Schaffung von schätzungsweise 594 000 Arbeitsplätzen (davon 262 000 in KMU);
- Direktinvestitionen in 198 000 KMU;
- Unterstützung von 77 800 Start-up-Unternehmen;
- Finanzierung von 61 000 Forschungsprojekten;
- Breitbandversorgung für nahezu 5 Millionen weitere EU-Bürger;
- Unterstützung des Baus von 1208 km Straße und 1495 km Schiene zum Aufbau eines effizienten **transeuropäischen Verkehrsnetzes** (TEN-T);
- Erhöhung der Lebensqualität der Bürger in städtischen Gebieten durch eine modernisierte Wasserversorgung für 3,2 Millionen Menschen und nachhaltige Verkehrssysteme.

BEISPIELE FÜR DIE VIELFALT DER PROJEKTE, DIE ÜBER DIE EU-REGIONALPOLITIK KOFINANZIERT WERDEN

BEACON, Vereinigtes
Königreich – Entwicklung
umweltverträglicher Produkte
für eine CO₂-emissionsarme
Wirtschaft



© European Union

**Gdingener
Trolleybus-Netz**,
Polen – höhere
Lebensqualität durch
nachhaltigen öffentlichen
Nahverkehr



© European Union

Zentrum für
**Infektionsforschung
und -überwachung**
in Lyon, Frankreich



© European Union

Art on Chairs,
Portugal – Förderung der
Wettbewerbsfähigkeit der
Region durch innovative KMU



© European Union

Im selben Zeitraum belief sich der Wert ausgewählter Projekte in städtischen Gebieten auf mindestens 100 Milliarden €. Knapp 20 % dieser Summe wurden für integrierte Projekte zur städtischen und ländlichen Erneuerung und für Bildung, Gesundheit, Kinderbetreuung, Wohnen und sonstige soziale Infrastrukturprojekte aufgewendet. Die Mittel für integrierte Projekte zur städtischen Erneuerung betragen 6,8 Milliarden €, und die Investition in die soziale Infrastruktur schlug mit 11,4 Milliarden € zu Buche.

Mit anderen Worten: Die Regionalpolitik entfaltet in einer Vielzahl von Bereichen und auf vielen verschiedenen Ebenen eine große Wirkung. Sie ist daher in hohem Maße mit anderen Politikfeldern verflochten, unter anderem den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Energie, Umwelt, Binnenmarkt, Forschung und Innovation.

Schätzungen zufolge haben die Investitionen im Bereich der Regionalpolitik zudem dazu beigetragen, das Einkommen in den schwächsten Regionen zu erhöhen. Hier wuchs das BIP pro Einwohner von 60,5 % des Durchschnitts in der EU-27 im Jahr 2007 auf 62,7 % im Jahr 2010. Darüber hinaus wird erwartet, dass das BIP in den 13 EU-Ländern, die der EU seit 2004 ⁽¹⁾ beigetreten sind, zwischen 2007 und 2025 um etwa 2,4 % pro Jahr steigen wird.

Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt

Die Regionalpolitik wird in einem weiter gefassten Kontext auch als „Kohäsionspolitik“ bezeichnet. Ihr übergeordnetes Ziel ist die Stärkung des „wirtschaftlichen, sozialen und geografischen Zusammenhalts“ in Regionen, die für diese Unterstützung in Frage kommen. In der Praxis bedeutet dies:

- **Wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt:** Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Förderung eines umweltverträglichen Wachstums regionaler Wirtschaften sowie bessere Dienstleistungen, bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und eine höhere Lebensqualität für die dort wohnenden Menschen.
- **Territorialer Zusammenhalt:** Vernetzung von Regionen, so dass sie ihre jeweiligen Stärken gemeinsam nutzen und in neuen, innovativen Konstellationen zusammenarbeiten können, um gemeinsame Herausforderungen (wie z. B. den Klimawandel) zu bewältigen. Davon profitiert die EU insgesamt.

⁽¹⁾ Bulgarien, Tschechische Republik, Estland, Kroatien, Zypern, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Rumänien, Slowenien und Slowakei.

Wie funktioniert die Regionalpolitik?

Eine Vielfalt von Fonds für wachsende Regionen und Städte

Regionalfonds: ein Überblick

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF) sind als Strukturfonds bekannt. Über sie wird in eine EU-weite wirtschaftliche und soziale Umstrukturierung investiert, damit sich das Entwicklungsgefälle zwischen den Regionen in Europa verringert, z. B. im Hinblick auf Infrastruktur und Beschäftigung. Zusammen mit dem Kohäsionsfonds, dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) bilden sie die **Europäischen Struktur- und Investitionsfonds** (ESIF). Neben allgemeinen Regeln für die ESIF (*siehe das nächste Kapitel*) existieren auch einige fondsspezifische Regeln.

Während über den Kohäsionsfonds in Verkehrsnetze und Umweltprojekte investiert wird, unterstützt ELER ländliche Gebiete, um den landwirtschaftlichen Sektor weniger krisenanfällig, innovativer und klimafreundlicher zu gestalten. Der EMFF fördert EU-weit eine nachhaltige und wettbewerbsfähige Fischerei und Aquakultur. Jeder Fonds trägt somit individuell

zur Erreichung der EU-weit vereinbarten Wachstumsziele der **Strategie Europa 2020** bei, der übergeordneten Strategie der Union für Wachstum und Beschäftigung bis 2020 (*für weitere Informationen siehe die Ausgabe von „Die Europäische Union erklärt“ über die Strategie Europa 2020*).

Ein weiterer wichtiger, von der Kommission verwalteter Fonds ist der **Solidaritätsfonds der Europäischen Union** (EUSF), der ursprünglich im Sommer 2002 nach verheerenden Überschwemmungen in Mitteleuropa eingerichtet wurde. Inzwischen ist es ein stabiler Fonds mit einem Jahresbudget von 500 Millionen €. Er ist Ausdruck europäischer Solidarität zur Unterstützung von Regionen, die von Katastrophen heimgesucht werden. Die EU ist auf diese Weise in der Lage, im Fall einer Naturkatastrophe in einem EU-Land (oder Kandidatenland), die sich schwerwiegend auf die Lebensbedingungen der Menschen, die Umwelt oder die Wirtschaft auswirkt, schnell, effizient und flexibel Hilfe zu leisten. Der EUSF ergänzt die Arbeit der nationalen Behörden, u. a. durch Unterstützung bei den Aufräumarbeiten, beim Wiederaufbau der Infrastruktur oder der Bereitstellung von Notunterkünften.



Der Solidaritätsfonds der EU stellt Finanzhilfe für EU-Regionen bereit, die von großen Naturkatastrophen heimgesucht werden.

Die Regionalfonds im Einzelnen

Der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) investiert in wachstumsfördernde Sektoren zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Schaffung von Arbeitsplätzen in allen Regionen und Städten der EU. Ziel der im Rahmen des EFRE durchgeführten Maßnahmen ist die Lösung wirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Probleme, mit einem besonderen Schwerpunkt auf nachhaltiger städtischer Entwicklung. Es wird erwartet, dass zwischen 2014 und 2020 über 50 % der EFRE-Förderung in städtische Gebiete fließen werden.

Im Rahmen des EFRE sind insbesondere geografische Aspekte ausschlaggebend. So erhalten z. B. Gebiete Förderung, die aufgrund natürlicher Gegebenheiten benachteiligt sind (isolierte Lage, gebirgig oder dünn besiedelt). Auch die Gebiete der Union in äußerster Randlage (z. B. die Kanarischen Inseln, Réunion und Guadeloupe) erhalten spezielle Unterstützung durch den EFRE, um etwaige durch die isolierte Lage entstehende Nachteile auszugleichen.

Durch den EFRE wird darüber hinaus die grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeit (die „**Europäische Territoriale Zusammenarbeit**“) in einer Vielzahl von Bereichen gefördert und finanziert, u. a. in Bezug auf eine gemeinsame Verkehrsinfrastruktur, Innovation und Kommunikationsnetzwerke, den grenzüberschreitenden Handel, die gemeinsame Verwaltung natürlicher Ressourcen und die Verknüpfung städtischer und ländlicher Gebiete. Diese Formen der Zusammenarbeit bieten einen hohen Mehrwert, nicht nur für die EU, sondern auch für alle benachbarten Regionen.

Der Europäische Sozialfonds (ESF), der 1958 gegründet wurde, gehört zu den ältesten Strukturfonds. Die Aufgabe dieses Fonds besteht in der Unterstützung Arbeitsuchender. Es wird sichergestellt, dass sie Zugang zu geeigneten Bildungsmaßnahmen erhalten, um ihre Beschäftigungsfähigkeit zu erhöhen, und außerdem Möglichkeiten zur Umschulung und zum Erwerb neuer Fertigkeiten, damit sie sich an neue berufliche Gegebenheiten anpassen können. Jedes Jahr nehmen etwa 15 Millionen Menschen an Tausenden von Projekten teil, die vom ESF EU-weit kofinanziert werden.

Der ESF investiert darüber hinaus in Projekte, deren Ziel die Bekämpfung von Diskriminierung jeglicher Art und die gesellschaftliche Teilhabe marginalisierter Bevölkerungsgruppen ist. Und schließlich gehört es zu den Aufgaben des ESF, in die Effizienz öffentlicher Verwaltungen und Dienste zu investieren, damit die Leistungsfähigkeit einschlägiger Institutionen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Soziales und in sonstigen Politikbereichen gewährleistet ist.

Der Kohäsionsfonds: Über den im Jahr 1994 gegründeten Kohäsionsfonds wird in EU-Ländern mit einem BIP von weniger als 90 % des Durchschnitts in der EU-28 in Verkehrsnetze und die Umwelt investiert (insbesondere in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie in Griechenland, Zypern, Malta und Portugal). Der Fonds fördert aktiv ein umweltverträgliches Wachstum und verringert durch eine verbesserte regionale Anbindung und Zugänglichkeit wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten.

Im Rahmen des Fonds wird insbesondere das **Transeuropäische Verkehrsnetz** („TEN-T“) gefördert, das für die reibungslose Funktionsweise des Binnenmarktes, für die Personenfreizügigkeit und den freien Warenverkehr innerhalb der EU und über ihre Grenzen hinweg auf dem Land-, Luft- oder Seeweg unverzichtbar ist.

Über den Kohäsionsfonds wird in die Anpassung an den Klimawandel und in Risikoprävention, in die Wasser- und Abfallwirtschaft sowie in das städtische Umfeld investiert. Auch Projekte im Zusammenhang mit Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energieträger in Unternehmen und öffentlichen Infrastrukturen werden gefördert.

Ein Teil des Kohäsionsfonds ist für die Finanzierung zentraler Verkehrs- und anderer Netze bestimmt. Die **Fazilität „Connecting Europe“** ist ein strategisches Instrument zur Investition in Breitbandinfrastruktur und öffentliche Online-Dienste sowie Infrastruktur für Straßen, den Schienenverkehr, Stromnetze und Gasleitungen. Optimierte Verbünde und Zusammenschlüsse schaffen neue Geschäftsmöglichkeiten und mehr Energiesicherheit. Arbeit und Reisen werden einfacher – das kommt den europäischen Unternehmen und Bürgern gleichermaßen zugute.

Auszahlung aus dem Solidaritätsfonds in Rekordhöhe für den Wiederaufbau in der Region Emilia-Romagna (Dezember 2012)

Italien erhielt nach den verheerenden Erdbeben, welche die Emilia-Romagna-Region am 20. Mai 2012 mit einer Stärke von bis zu 5,9 auf der Richter-Skala erschütterten, eine Rekordsumme von 670 Millionen € aus dem EUSF. Auf das Erdbeben folgten Hunderte von Nachbeben, die bis in die Nachbarregionen Venetien und Lombardei zu spüren waren. 27 Menschen starben, geschätzte 350 Menschen erlitten Verletzungen, und über 45 000 Menschen mussten evakuiert werden. Es kam zu erheblichen Schäden an Gebäuden, Infrastruktureinrichtungen,

Unternehmen, Industrieanlagen, in der Landwirtschaft und im wichtigen Kulturerbesektor.

Mit den Finanzmitteln wurden zum Großteil die Kosten für Soforthilfe und Rettungsmaßnahmen sowie für die Bereitstellung von Notunterkünften gedeckt. Ungefähr 292 Millionen € wurden für den unmittelbaren Wiederaufbau der Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur sowie die Instandsetzung der Strom- und Wasserversorgung bereitgestellt.



Im Jahr 2012 erhielt Italien 670 Millionen € aus dem Solidaritätsfonds der EU, nachdem die Region Emilia-Romagna von Erdbeben erschüttert wurde.

Wie werden die Mittel investiert?

Die Regionalpolitik der EU wird durch nationale und regionale Stellen in Partnerschaft mit der Kommission durchgeführt. Dieses System wird als „geteilte Mittelverwaltung“ bezeichnet. Anders als bei den nationalen Haushalten wird das Budget der Regionalpolitik auf sieben Jahre festgelegt. Dadurch steht es langfristig fest und ist eine wertvolle Ressource, auf die eine private Investitionstätigkeit aufbauen kann.

Der Investitionsprozess durchläuft drei Hauptphasen:

1. Das Europäische Parlament entscheidet gemeinsam mit dem EU-Ministerrat (Gremium der nationalen Minister auf europäischer Ebene) auf der Grundlage eines Vorschlags der Kommission über den EU-Haushalt und die Durchführungsbestimmungen.
2. Die Kommission unterstützt die EU-Länder bei der Erstellung von „Partnerschaftsabkommen“, aus denen die Investitionsprioritäten der Länder und ihr Entwicklungsbedarf hervorgehen. Die Mitgliedstaaten legen darüber hinaus operationelle Programme (OP) vor. Darin werden die Ziele in konkrete Handlungsbereiche umgesetzt. Diese können für ein gesamtes Land und/oder eine Region gelten und Kooperationsprogramme umfassen, die mehr als ein Land betreffen. Die Kommission verhandelt mit den nationalen Behörden über die Endfassung dieser Investitionspläne. Es sind alle Verwaltungsebenen zu konsultieren und in die Programmgestaltung und die Verwaltung der OP mit einzubeziehen, einschließlich der Zivilgesellschaft.
3. Anschließend werden die Programme von den EU-Ländern und ihren Regionen ausgeführt. Dies bedeutet, dass Hunderttausende von Projekten auszuwählen, zu überwachen und zu evaluieren sind. Diese Arbeit obliegt in jedem Land/jeder Region den „Verwaltungsbehörden“.

Die Verwaltung und Durchführung der Programme ist somit überwiegend Sache der zuständigen Stellen auf nationaler und subnationaler (regionaler und lokaler) Ebene. Die EU-Länder müssen der Kommission versichern, dass die Mittel effizient und unter Einhaltung geltenden EU-Rechts verwendet werden. Sie müssen zuverlässige Buchführungs- und Kontrollsysteme sowie Systeme zur Finanzberichterstattung einrichten und die zuständigen Stellen und relevanten Verfahren benennen, damit ein ordnungsgemäßer Prüfpfad gewährleistet ist.

Für jedes operationelle Programm muss eine Prüfbehörde benannt werden. Diese Behörde legt der Kommission eine Prüfstrategie, eine Stellungnahme zur Jahresprüfung und einen jährlichen Kontrollbericht vor, in dem Aspekte, die während der in den letzten zwölf Monaten durchgeführten Prüfungen zur Sprache gebracht wurden, Berücksichtigung finden.

Die Kommission befasst sich nicht mit der Auswahl oder Verwaltung von Einzelprojekten, sondern genehmigt die Gesamtprogramme, die eine ganze Reihe potenzieller Projekte umfassen. Auch stellt die Kommission zwar die Gesamtmittel zur Verfügung, es liegt jedoch im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten, über ihre EU-akkreditierten nationalen und regionalen Zahlstellen Zahlungen an die einzelnen Empfänger vorzunehmen.

Lenkung von EU-Investitionen

- Die Kommission stellt zu Anfang jedes Jahres Gelder zur Verfügung, damit die EU-Länder diese umgehend in einzelne Projekte investieren können.
- Die von den nationalen Behörden bestätigten Zahlungen werden von der Kommission ausgezahlt.
- Nationale Programme werden durch Vor-Ort-Prüfungen und Kontrollen der Kommission und des betreffenden Landes kontinuierlich überwacht.
- Sowohl die Kommission als auch die nationalen Behörden legen während der gesamten siebenjährigen Haushaltsperiode Berichte vor.

Die EU hat über den EFRE 400 Millionen € in das **Regionale Metrosystem (RMS)** im italienischen Neapel investiert. Neben einem verbesserten Service, einer erhöhten Taktfrequenz und kürzeren Fahrzeiten wurden im gesamten Netz die Kohlenstoffdioxid-Emissionen um 250 000 Tonnen pro Jahr reduziert und der Ölverbrauch um 110 000 Tonnen pro Jahr gesenkt.



EU-Förderung mit maximaler Wirkung

Gezielte Investitionen für Wachstum und Beschäftigung bis 2020

Begrenzte Anzahl zentraler Investitionsprioritäten

Auch wenn Europa langsam aus der Krise herausfindet, ist die EU vor dem Hintergrund begrenzter finanzieller Ressourcen nach wie vor gehalten, mit weniger Mitteln mehr zu erreichen und dafür zu sorgen, dass jeder Euro möglichst nutzbringend investiert wird. Aus diesem Grund hat die EU mit der Annahme eines neuen Gesetzespakets zur Regionalpolitik Ende 2013 den Förderansatz für 2014-2020 reformiert, um die potenzielle Wirkung der verfügbaren EU-Fördermittel zu maximieren.

Zwischen 2014 und 2020 werden den Regionen der EU insgesamt 351,8 Milliarden € zur Verfügung stehen. Die Höhe der Unterstützung und des nationalen Beitrags („Kofinanzierungsrate“) ist auf den wirtschaftlichen Entwicklungsstand der jeweiligen Region abgestimmt:

WENIGER ENTWICKELTE REGIONEN (BIP < 75 % DES DURCHSCHNITTS IN DER EU-27) ⁽¹⁾

ÜBERGANGSREGIONEN (BIP 75 % BIS 90 % DES DURCHSCHNITTS IN DER EU-27)

STÄRKER ENTWICKELTE REGIONEN (BIP > 90 % DES DURCHSCHNITTS IN DER EU-27)

⁽¹⁾ Hinweis: Diese Daten stammen aus der Zeit vor dem EU-Beitritt Kroatiens im Juli 2013.

Alle Projekte, die Förderung erhalten, werden ihren Teil zu den im Rahmen der Strategie Europa 2020 vereinbarten Wachstumszielen beitragen. Die Regionalpolitik der EU ist das wichtigste Förderinstrument zur Erreichung der Ziele, die sich die EU gesteckt hat: Förderung von Wachstum und Beschäftigung durch Innovation und die Unterstützung kleiner Unternehmen, Anpassung an den Klimawandel und Reduzierung der Energieabhängigkeit sowie Verringerung von Armut und sozialer Ausgrenzung.

Die regionalen Entwicklungsfonds konzentrieren sich dabei klar auf eine begrenzte Anzahl zentraler Investitionsprioritäten und sind stark ergebnisorientiert ausgerichtet. Die Länder und Regionen der Union sind verpflichtet, ihre Ziele zu definieren und anzugeben, was sie mit den über ihre Partnerschaftsabkommen verfügbaren Ressourcen erreichen möchten. Auch müssen sie genau darlegen, wie sie die Fortschritte auf dem Weg zur Zielerreichung messen werden. Dies bietet die Möglichkeit einer regelmäßigen Überwachung und eine Diskussionsgrundlage über die Verwendung der Mittel und erlaubt die Honorierung erfolgreicher Programme (durch eine „leistungsgebundene Reserve“) gegen Ende der Laufzeit.

Um eine bessere Koordinierung der Fonds zu gewährleisten und Überschneidungen zu vermeiden, hat die EU gemeinsame Regeln für die fünf Europäischen Struktur- und Investmentfonds (ESIF) aufgestellt. Auch kommt dadurch eine stärkere Verflechtung mit anderen EU-Instrumenten wie Horizont 2020 (das neue Programm für Forschung und Innovation) und der Fazilität „Connecting Europe“ (siehe das vorherige Kapitel) zustande.

Neue gemeinsame Regeln für die fünf Europäischen Struktur- und Investmentfonds (ESIF) – für eine bessere Verflechtung der Fonds und relevanter EU-Politikfelder, vereinfachte Verfahren und eine schnellere Investition der Gelder in den Regionen der EU

GEMEINSAME REGELN



Voraussetzungen für eine effiziente Förderung

Bevor Fördermittel in die Regionen und Städte fließen können, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein, damit sichergestellt ist, dass alle Investitionen vonseiten der EU gezielt erfolgen und Wirkung zeigen. Notwendige Voraussetzungen sind:

- Entwicklung von Strategien zur „**intelligenten Spezialisierung**“: Die Regionen sollten sich auf Sektoren spezialisieren, die das höchste Potenzial für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit bieten, und Partnerschaften zwischen Universitäten, Forschungsinstituten, Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen fördern, damit innovative Produkte und Dienstleistungen entstehen können;
- Strategien zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit und Förderung von Nichtdiskriminierung;
- Einhaltung von Umweltgesetzen;
- unternehmensfreundliche Reformen;
- Maßnahmen zur Verbesserung der Systeme für die öffentliche Beschaffung.

Die Strategien müssen mit den „nationalen Reformprogrammen“ übereinstimmen, die im Rahmen des Europäischen Semesters, dem System für die EU-weite Koordinierung der Wirtschaftspolitik, vereinbart wurden. Das Europäische Semester ist ein jährlicher „Gesundheitscheck“ der Volkswirtschaften in der EU unter Beteiligung sämtlicher EU-Länder und Institutionen der Union. In diesem Rahmen erhalten die Länder spezifische und individuelle Empfehlungen im Hinblick auf notwendige Wirtschaftsreformen.

Ist die Kommission der Ansicht, dass der Investitionsplan eines Landes nicht mit den nationalen Reformprogrammen übereinstimmt oder unzureichend ist, um die im Rahmen des Europäischen Semesters als notwendig erachteten relevanten Reformen durchzuführen, kann sie das betreffende Land auffordern, das Programm derart zu ändern, dass wichtige Strukturreformen unterstützt werden. Als letztes Mittel kann die Förderung ausgesetzt werden, wenn Empfehlungen wiederholt und auf schwerwiegende Art und Weise missachtet werden (z. B. wenn ein Land wirtschaftlich massiv im Ungleichgewicht ist oder ein übermäßiges Haushaltsdefizit aufweist). Dadurch soll garantiert werden, dass die positive Wirkung der EU-Investitionen auf Wachstum und Beschäftigung nicht durch eine unsolide Haushaltspolitik oder eine schwache Leistungsfähigkeit der Verwaltungen aufs Spiel gesetzt wird.

Projektbeispiel: Eröffnung des rumänischen Standorts des führenden Forschungskonsortiums ELI

Das Ziel von **ELI-NP** ist die Einrichtung eines Europäischen Zentrums für Spitzenforschung zur Hochleistungslasern und zur Wechselwirkung von Lasern und Materie. Der ELI-NP-Forschungsstandort wird Forschern, Studierenden und Akteuren des privaten und des Unternehmenssektors aus aller Welt zur Entwicklung von Anwendungen im Bereich des extremen Lichts zum Wohle der Gesellschaft offenstehen. Darüber hinaus verfügt Europa nunmehr über einen angesehenen Standort zur Forschung auf dem Gebiet der Atomphysik mit Hochleistungslasern. Das hauptsächlich in Bukarest angesiedelte Projekt ELI-NP umfasst noch zwei weitere Standorte in Ungarn und in der Tschechischen Republik. Es gehört zu einem Forschungskonsortium, das 40 Partner aus 13 EU-Ländern zusammenführt. Bis 2018 wird ELI-NP 262 Forscher und 36 unterstützende Mitarbeiter

beschäftigen und erheblich dazu beitragen, der Abwanderung von Fachkräften in der Region entgegenzuwirken. Es ist geplant, dass die Einrichtung 2015 den Betrieb aufnimmt. Dieses Projekt ist ein beeindruckendes Beispiel dafür, wie sich die Instrumente der Regionalpolitik der EU einsetzen lassen, um sowohl das Ziel des wirtschaftlichen Zusammenhalts als auch die Entwicklung des Europäischen Forschungsraums (ERA) voranzubringen. Gesamtbudget: 356 Millionen €.



Die EU hat fast 150 Millionen € in ein europäisches Konsortium für Spitzenforschung investiert, an dem 13 EU-Länder beteiligt sind.

**EFRE-Fördermittel insgesamt:
149,3 Millionen €**

RegioStars – Innovation auszeichnen



Seit 2008 verleiht die Kommission die Regio-Stars Awards. Dabei sind alle Regionen der EU eingeladen, Projekte einzureichen. Bisher stammten die Beiträge überwiegend aus Belgien, den baltischen Staaten, Österreich, Portugal und dem Vereinigten Königreich. Alle eingereichten Projekte zeichnen sich durch innovative Ansätze zur regionalen Entwicklung an der Basis aus.

Das Ziel besteht darin, bewährte Praxis in der regionalen und städtischen Entwicklung zu etablieren, indem originelle und innovative Projekte mit Inspirationspotenzial für andere Regionen honoriert werden. Im Jahr

2013, dem sechsten Jahr der Preisvergabe, wurde eine Rekordzahl von 149 Beiträgen in fünf Kategorien eingereicht. 27 davon erreichten die Endauswahl.

In der Kategorie „Smart Growth“ konnte sich zum Beispiel der UPTEC Science & Technology Park an der Universität Porto in Portugal durchsetzen. Dieser Park entwickelt Cluster und vernetzt Universitäten, Forschungsinstitute und lokale Unternehmen in Sektoren der lokalen Wirtschaft, die Innovationspotenzial aufweisen. Mit 15,4 Millionen € aus EFRE-Mitteln haben die im UPTEC ansässigen Unternehmen 1 199 hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen (90 % davon für Absolventen). Sie tragen damit zu einem robusten Wirtschaftswachstum in der Region bei. Das Projekt wurde im Rahmen des London Web Summit – People’s Choice Award als eines der vier besten Gründerzentren in Europa ausgezeichnet.

Gezielte EU-Förderung für intelligentes, umweltverträgliches Wachstum für alle

Die Investitionen im Rahmen des EFRE sind auf verschiedene EU-politische Initiativen für mehr Wachstum und Beschäftigung abgestimmt. Damit sichergestellt ist, dass jeder Euro sinnvoll investiert wird, konzentrieren sich die Maßnahmen des EFRE auf vier prioritäre Bereiche (siehe unten):

- Innovation und Forschung;
- Informations- und Kommunikationstechnologien;
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU;
- Übergang zu einer CO₂-emissionsarmen Wirtschaft.

In welcher Höhe diesen Prioritäten Ressourcen zugewiesen werden, hängt von der Einstufung der jeweiligen Region ab:

- Mindestens 80 % der EFRE-Mittel in stärker entwickelten Regionen müssen auf mindestens zwei dieser Prioritäten konzentriert werden;
- in Übergangsregionen beträgt dieser Anteil 60 % der EFRE-Mittel und
- in den weniger entwickelten Regionen 50 %.

Darüber hinaus müssen EFRE-Ressourcen in einem bestimmten Umfang speziell in Projekte zur Förderung einer CO₂-emissionsarmen Wirtschaft fließen:

- stärker entwickelte Regionen: 20 % der Mittelzuweisung;
- Übergangsregionen: 15 % und
- weniger entwickelte Regionen: 12 %.



Campus des „RDM Innovation Dock“, ein mit Mitteln des EU-Regionalfonds unterstütztes Projekt. Auf dem ehemaligen Werftgelände im niederländischen Rotterdam entstand 2011 ein Campus für Bildungsinstitutionen, innovative Unternehmen und Forschungsinstitute.

Forschung und Innovation

Europa muss verstärkt in Forschung und Innovation investieren – die wesentlichen Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Hier hinkt die EU im Vergleich zur internationalen Konkurrenz hinterher. Sie investiert auf diesem Gebiet erheblich weniger als die Vereinigten Staaten, Japan und Südkorea. Unterdessen holt China mit großen Schritten auf. Eines der Ziele im Rahmen von Europa 2020 besagt, dass die EU-Länder 3 % des Gesamt-BIP der EU in die Forschung investieren sollen. Mit EFRE-Mitteln wird sowohl die Grundlagenforschung als auch die angewandte Forschung gefördert. Dabei sind alle Beteiligten der Innovationskette (Forschungsinstitute, Universitäten, Technologiezentren, Unternehmer, KMU, Finanzinstitutionen usw.) gehalten, gemeinsam an der Entwicklung der innovativen Produkte und Dienstleistungen zu arbeiten, welche die EU-Länder brauchen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Der effiziente Einsatz von IKT in Unternehmen ist inzwischen eine unverzichtbare Voraussetzung für Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit, Umsatzwachstum und mehr Beschäftigung. Über den EFRE wird daher in IKT-Infrastruktur für den Zugang zu Hochgeschwindigkeitsnetzen in allen Regionen investiert, insbesondere in abgelegenen, ländlichen und weniger entwickelten Regionen. Weiterhin wird der Übergang zur innovativen Nutzung von IKT-Diensten durch Firmen (IKT-gestütztes Lernen, elektronischer Geschäftsverkehr usw.), Bürger (z. B. digitale und IKT-Kompetenzen) und öffentliche Institutionen (u. a. elektronische Gesundheits- und Behördendienste) gefördert – für mehr Produktivität und Lebensqualität.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU

99 % der Unternehmen in der EU (ca. 20 Millionen) sind kleine und mittlere Unternehmen. Sie sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft und leisten einen ganz wesentlichen Beitrag zur Stimulation von Wachstum und Beschäftigung. Damit sie wettbewerbsfähig bleiben und die Talente für sich gewinnen können, auf die sie angewiesen sind, stärkt der EFRE das Unternehmertum und investiert an dieser Stelle, um Unternehmensgründungen zu fördern und den Zugang zu verschiedenen neuen Finanzierungsinstrumenten zu erleichtern – Darlehen, Mikrofinanzierung und Risikokapital. Dahinter steht die Idee, die Multiplikatorwirkung der EU-Förderung in Zeiten knapper Kassen anzuregen und damit zusätzliche Investitionen aus dem privaten Sektor zu generieren.

Übergang zu einer CO₂-emissionsarmen Wirtschaft

Über den EFRE sind für den Zeitraum 2014-2020 Investitionen in Höhe von fast 27 Milliarden € vorgesehen, um die Wirtschaft ökologisch nachhaltiger und CO₂-emissionsärmer zu gestalten. Es gilt, im privaten wie im öffentlichen Sektor verstärkt erneuerbare Energieträger zu nutzen und die Energieeffizienz zu erhöhen, z. B. in Wohngebäuden und öffentlichen Gebäuden oder durch die Investition in intelligente Stromnetze. Die Investitionen im Rahmen des EFRE leisten darüber hinaus einen Beitrag zur Verringerung der Emissionen, die im Verkehrssektor entstehen – durch den Mitteleinsatz im Bereich der Forschung zu sauberen, CO₂-emissionsarmen Technologien und durch die Förderung nachhaltiger öffentlicher Verkehrssysteme.

Die Städte der EU im Zentrum der Politikgestaltung

Mehr als zwei Drittel der EU-Bürger leben derzeit in Städten. Es steht zu erwarten, dass sich dieser Anteil bis 2020 auf 80 % erhöht haben wird. Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass das Wirtschaftswachstum in der EU in Zukunft vorrangig von den Städten und Ballungsgebieten ausgehen wird und dass es weder den Mitgliedstaaten noch der EU gelingen wird, wirtschafts- und sozialpolitische Ziele umzusetzen, wenn nicht die Städte mit ins Boot geholt werden. Die Zahlen sprechen für sich: In den Metropolregionen leben 59 % der EU-Bevölkerung, 62 % aller

Arbeitsplätze befinden sich dort, und 67 % des BIP der Union entstehen in diesen Regionen.

Die Städte sind der Ort, an dem Herausforderungen zutage treten und Lösungen am wirkungsvollsten greifen. Daher müssen viele der politischen Maßnahmen der EU oder der Mitgliedstaaten auf lokaler Ebene genau dort umgesetzt werden. Wenn es der EU beispielsweise gelingen soll, ihre Klimaziele zu erreichen, müssen die Städte an ihrer Ressourcen- und Energieeffizienz arbeiten, insbesondere in den Bereichen Verkehr, Wohnen und städtebauliche Gesamtkonzepte. Auch ist in Städten ein mehrgleisiger Ansatz unverzichtbar, um Probleme wie die Konzentration von Armut und räumliche Ausgrenzung zu lösen und sich den Folgen einer alternden Gesellschaft zu stellen.

Mehr als die Hälfte aller Fördermittel aus dem EFRE wird zwischen 2014 und 2020 ausdrücklich in städtische Gebiete fließen, u. a. zur Förderung klimafreundlicher Strategien, zur Verbesserung des städtischen Umfelds, z. B. zur Sanierung von Brachflächen und zur Verringerung der Luftverschmutzung sowie zur Förderung nachhaltiger städtischer Verkehrssysteme. Diese Investitionsvorhaben werden in stärkerem Maße als bisher darauf ausgerichtet sein, Städte bei der Lösung ihrer Probleme zu unterstützen, damit sich die EU die Leistungsfähigkeit der Städte zugunsten eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums zunutze machen kann.

Makroregionale Strategien

Neben anderen Finanzierungsquellen leistet auch der EFRE einen Beitrag zu „**makroregionalen Strategien**“ und damit zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen, die eine Gruppe von Ländern in einem definierten geografischen Gebiet

betreffen. Zwei derartige EU-Strategien gibt es bereits – für die Ostseeregion und die Donauregion. Weitere Strategien für die Region der Adria und des Ionischen Meeres und für die Alpenregion werden derzeit entwickelt.

Die Regionalpolitik und die Wirtschaftskrise

Mit Hilfe der Regionalpolitik wurde rasch und wirkungsvoll, mit einem hohen Maß an Flexibilität, auf die Wirtschaftskrise reagiert, z. B. durch eine „thematische Umwidmung“ – die Umlenkung von Finanzmitteln an die Stellen, an denen der Bedarf am höchsten war – und die Investition in Schlüsselsektoren für mehr Wachstum und Beschäftigung. Über 39,2 Milliarden € – bzw. 11 % der Gesamtmittel – wurden umgewidmet, um bis Ende Mai 2013 eine maximale Wirkung zu erzielen, dort Unterstützung zu leisten, wo der Bedarf regionalwirtschaftlicher Entwicklung am dringendsten war, und trotz der Krise eine effiziente Förderung durch die EU zu gewährleisten.

Darüber hinaus sorgten eine gezielte Reduzierung der Verpflichtung zur nationalen Kofinanzierung und die Vorabausstattung bei den Zuweisungen an krisengeschüttelte EU-Länder für die dringend benötigte Liquidität in Zeiten erheblicher Mittelknappheit auf nationaler Ebene. Im Zeitraum 2011–2012 wurde für Spanien, Griechenland, Irland, Italien, Litauen und Portugal und in geringerem Maße auch für Belgien, Frankreich und das Vereinigte Königreich eine erhöhte Förderungsrate beschlossen.

Das PEACE-Programm: Frieden und Wirtschaftsförderung in Nordirland

Das PEACE-Programm aus dem Jahr 1995 entstand unmittelbar aus der Motivation der EU heraus, positiv auf die günstige Entwicklung im Friedensprozess in Nordirland im Zusammenhang mit den Waffenstillstandsankündigungen von paramilitärischer Seite zu reagieren. Die EU stellte eine finanzielle Unterstützung in Höhe von insgesamt 1,3 Milliarden € bereit. Eines der symbolträchtigsten Projekte war die „PEACE Bridge“ in Derry/Londonderry, die von dem für die Regionalpolitik zuständigen Mitglied der Kommission im Juni 2011 offiziell eröffnet wurde. Der Bau der Brücke kostete 14,6 Millionen €. Davon steuerte die EU 11 Millionen € bei. Die PEACE-Brücke ist nun ein Bindeglied zwischen den beiden Ufern. Ihre Gestaltung symbolisiert einen Handschlag über den River Foyle.

Es ist ein kraftvolles neues Symbol, das – ganz konkret und auch sinnbildlich – die Gemeinschaften zu beiden Seiten eines Flusses verbindet, der lange für eine klare konfessionelle Spaltung stand.



EU Programme for Peace and Reconciliation

EFRE-Fördermittel insgesamt:
1,3 Milliarden €

Ausblick

Die EU-Regionalpolitik 2014-2020: eine neue Ära strategischer Investitionen

Die Regionalpolitik, deren Budget ein gutes Drittel des Gesamthaushalts der EU ausmacht, ist das Hauptinstrument der EU für Entwicklung und Wachstum in den Städten und Regionen der Union. Über die Jahre sind in allen EU-Ländern bereits zahllose Projekte kofinanziert worden, von denen Bürger und Unternehmen gleichermaßen profitiert haben.

Im Rahmen von durch die Regionalpolitik unterstützten Projekten sind Millionen neuer Arbeitsplätze und Tausende von Kilometern strategischer Verkehrs-, Energie- und Breitbandnetze entstanden. Es wurde in Forschung und Innovation, kleine Unternehmen und Einzelunternehmer investiert und die Entwicklung neuer Lösungen im Bereich neuer Energieträger und Energieeffizienz unterstützt. Kulturerbe und Naturschutzgebiete erhielten Schutz, es wurde das Wachstum in dünn besiedelten Gebieten und in Gebieten in äußerster Randlage gefördert und noch vieles mehr.

Derzeit gibt es erste positive Anzeichen, dass sich Europa nach einer der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrisen seit den 1920er Jahren auf dem Wege der Besserung befindet. Wir leben jedoch weiterhin in Zeiten knapper Kassen und

haushaltspolitischer Zwänge. Zu Beginn der Finanzierungsperiode 2014-2020, der fünften seit 1989, legt die EU gemeinsam mit den Mitgliedstaaten Investitionsstrategien fest. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die EU für jeden Euro, den sie ausgibt, einen maximalen Nutzen zurückerhält.

Neue, klarere Regeln werden die Kohärenz zwischen den verschiedenen Fonds erhöhen und dafür sorgen, dass sich die Politikfelder zunehmend gegenseitig ergänzen (Forschung und Innovation, Gemeinsame Agrarpolitik, Bildung und Beschäftigung, um nur einige zu nennen). Durch neue Fördervoraussetzungen und eine sorgfältige Überwachung nach dem Erhalt von EU-Fördermitteln sowie die Fokussierung auf eine begrenzte Anzahl strategischer Investitionsprioritäten soll gewährleistet werden, dass das Geld dahin gelangt, wo es am meisten benötigt wird.

Durch klare und messbare Zielvorgaben im Rahmen der regionalpolitischen Förderung können die Länder und Regionen der EU nachweisen, welchen Beitrag sie zur Erreichung der Europa-2020-Ziele für nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung leisten.

Weitere Informationen

Wer kann regionale Förderung beantragen?

Die Beantragung von Fördermitteln steht unter anderem öffentlichen Stellen, einigen Organisationen des privaten Sektors (insbesondere Kleinunternehmen), Universitäten, Vereinen, NRO und gemeinnützigen Organisationen offen.

Wie stellt man einen Förderantrag?

Förderanträge sind an die nationale oder regionale Stelle zu richten, die das entsprechende Programm verwaltet und für das jeweilige Projekt zuständig ist.

Wo erhalte ich weitere Informationen?

- ▶ **Verwaltungsbehörden** in EU-Ländern: http://ec.europa.eu/regional_policy/manage/authority/authority_de.cfm
- ▶ **Europe Direct** beantwortet alle Fragen zur Europäischen Union telefonisch unter 00 800 6 7 8 9 10 11 oder im Internet unter <http://europedirect.europa.eu>
- ▶ **Vertretungen der Europäischen Kommission in den EU-Ländern**: http://ec.europa.eu/represent_de.htm
- ▶ In der **Projektdatenbank** erfahren Sie, wo die EU in Ihrer Region investiert: http://ec.europa.eu/regional_policy/projects/stories/index_de.cfm

Folgen Sie uns:



http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.cfm (Website mit allgemeinen Informationen)



https://twitter.com/@EU_Regional (Aktuelles)



<https://www.yammer.com/regionetwork> (soziales Netzwerk der EU)



<https://www.flickr.com/euregional> (Bilddatenbank)

- ▶ **Abonnieren Sie Regioflash, den Newsletter der Kommission zur Regionalpolitik**: www.inforegiodoc.eu

